

BA-Etat von 70,9 Mrd. DM in Kraft

Der Verwaltungsrat der BA hat am 24. 1. 91 den von der Bundesregierung mit Auflagen genehmigten Haushalt für 1991 mit Mehrheit in Kraft gesetzt. Der Etat hat ein Volumen von 70,9 Milliarden DM (1990: 44,0 Milliarden DM)¹. Zum Ausgleich ist ein Zuschuß des Bundes in Höhe von 2,3 Milliarden DM (1990: 0,7 Milliarden DM) eingesetzt. Der ursprüngliche Zuschußbedarf von 22,8 Milliarden DM ist durch Mehreinnahmen und Minderausgaben verringert worden. Dabei schlagen vor allem die geplante Beitragserhöhung von 4,3 auf 6,8 Prozent und eine von der Bundesregierung auferlegte Einsparung von 2,3 Milliarden DM zu Buche. Ob und wie die 2,3 Milliarden DM erwirtschaftet werden können, ließ der Verwaltungsrat zunächst offen. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen will er dabei in jedem Fall aussparen.

Dem Haushalt liegt die Annahme zugrunde, daß es 1991 etwa 29,5 Millionen Beitragspflichtige geben wird, darunter 7,2 Millionen in den neuen Bundesländern, einschließlich des Ostteils Berlins. Eingesetzt sind knapp 1,5 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld, darunter 700 000 im Beitrittsgebiet, und 1,435 Millionen Kurzarbeiter, darunter allein 1,370 Millionen im Beitrittsgebiet.

Besonderer Wert wird auf berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung gelegt. So sollen im Beitrittsgebiet 352 000 und im alten Bundesgebiet 357 000 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung teilnehmen. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen will die BA in den neuen Bundesländern 130 000 und in den alten 92 000 zuvor Arbeitslose unterbringen. Hierzu bittet sie um die Mitwirkung von Ländern, Gemeinden, Verbänden und Kirchen.

Im Etat stehen jetzt 2 800 neue Planstellen, darunter 1000 mit der Einschränkung, daß sie 1995 wieder wegfallen. Enthalten ist auch der Personalbedarf für die in den neuen Ländern noch zu errichtenden Landesarbeitsämter. 800 der Stellen sind wegen der Einführung des Sozialversicherungsausweises nötig geworden. Der Verwaltungsrat hatte 4 400 neue Planstellen für erforderlich gehalten, um die großen arbeitsmarktpolitischen Aufgaben vor allem in Ostdeutschland bewältigen zu können

Nach: Auszug aus BA-Presseinformation 4/91 vom 24. 1. 91.

¹ Hierbei ist Ostdeutschland erst ab 3. Oktober berücksichtigt. Bei den Zahlen für 1990 handelt es sich um das Abschlußergebnis des Haushalts.